

zess, über den schon längst in anderen europäischen Ländern – in Deutschland und in der SPD nicht zuletzt – nachgedacht wurde und immer noch debattiert wird. Ein klares und überzeugtes Bekenntnis zum Modell der sozialen Marktwirtschaft als einer Errungenschaft der europäischen Andersartigkeit wäre hierfür ein erster, wichtiger Schritt.

Die notwendige und erwünschte »Europäisierung« der PD sollte kein ahnungsloser Selbstläufer sein, sondern im Rah-

men eines neuen Verständnisses der eigenen politischen Positionierung auf nationaler und europäischer Ebene, und unter Beachtung einer neuen Machtkonstellation auf dem Kontinent sowie veränderter transatlantischer Beziehungen erfolgen. Nur so kann ein wirklicher Beitrag zu »mehr Europa« geleistet werden. Es bleibt nur abzuwarten und zu hoffen, dass diese drei strategischen Fragenkomplexe bis zu den nächsten Parlamentswahlen in Italien 2013 positiv gelöst werden. ■

Carlos Gabetta

## »Nichtsnutzig«

### Die Sozialistische Internationale wird ihrer Aufgabe nicht gerecht

*Die Ratssitzung der Sozialistischen Internationalen (SI), die am 23. und 24. Januar 2012 in San José, Costa Rica stattfand und die die »Finanzkrise, die Märkte, die Demokratie und die Klimagerechtigkeit« zum Thema hatte, war ein weiteres Zeichen für den derzeitigen Zwiespalt und die eigene Ohnmacht.*

Die Reden, Erklärungen und Resolutionen der letzten SI-Ratssitzung (nachzulesen unter: [www.internacionalsocialista.com](http://www.internacionalsocialista.com)) sind entweder kaum der Rede wert oder ärgerlich: Es gab einen vorsichtigen Vorschlag zur Besteuerung der Finanztransaktionen – der zum Teil ja bereits akzeptiert ist, wie etwa in Frankreich – sowie altbekannte Aufrufe, das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu stimulieren und die Demontage des Wohlfahrtsstaates zu stoppen. Außerdem analysiert der Bericht der Kommission zu globalen Finanzfragen der SI, die sich seit 2008 regelmäßig unter dem Vorsitz des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz trifft, die strukturellen Veränderungen innerhalb des Kapitalismus nicht hinreichend. Und letztlich gibt es nur einen notdürftigen »Ruf nach einer Reform der globalen Finanzarchitektur, nach besseren Regeln, nach der Förderung eines lang an-



**Carlos Gabetta**

ist argentinischer Journalist, war Chefredakteur der spanischsprachigen Ausgabe *Cono Sur* von *Le Monde diplomatique*, Redakteur und Korrespondent in lateinamerikanischen und europäischen Medien und Buchautor.

haltenden Wachstums und nach der Verstärkung der sozialen Sicherung«.

Nichts unterscheidet diese Vorschläge von denen der Rechten. Der einzige Unterschied ist der Widerstand der Sozialdemokratie gegen die brutale Sparpolitik und gegen den Abbau des Staates, den die Rechte in ganz Europa verfolgt. Aber auch das erweist sich als rein deklaratorisch, da die Sozialdemokratie während der letzten Jahrzehnte den schleichenden Abbau des Wohlfahrtsstaates in den Ländern, in denen sie regierte, auch nicht zu bremsen

und hohe Gehälter. Die Gewinner dieser Entwicklung zeigten sich – bis zu einem gewissen Punkt – einsichtig gegenüber hohen Vermögens- und Gewinnsteuern. Der Kapitalismus war noch inklusiv – als Konsequenz der goldenen Reformjahre der Linken unter Willy Brandt, Olof Palme und Enrico Berlinguer. Gleichzeitig war dies aber auch die Blütezeit des lateinamerikanischen Populismus.

Der Leidensweg der europäischen Linken schließlich begann in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Auf dem Zenit ihrer politischen Macht, als die Sozialdemokratie in mehr als zwei Dritteln der Länder der EU regierte, geriet das kapitalistische System in eine globale Krise. Aber trotz hoher Energiepreise (seit der Ölkrise 1973), trotz der strukturellen Arbeitslosigkeit (begünstigt durch die automatisierte und computergestützte Produktion), trotz der Globalisierung, dem Abebben der Nachfrage sowie der steigenden spekulativen Zügellosigkeit, machte die Sozialdemokratie weiter wie zuvor und ignorierte die strukturellen Veränderungen innerhalb des Kapitalismus. Ihr theoretisches Rüstzeug hätte sie eigentlich auf die Umwälzungen hinweisen müssen.

Diese anfänglichen Versäumnisse bestimmten im weiteren Verlauf die Politik der sozialdemokratischen Parteien Europas, die sich zunehmend pragmatisch gaben. Weit entfernt von ihren Prinzipien und ursprünglichen Zielen fanden sich früher oder später alle diese Regierungen mehr oder weniger mit der neuen »Systemlogik« ab: mit dem ungehörigen spekulativen Benehmen, der allgemeinen Korruption, der Staatsverschuldung zugunsten des Privatsektors, usw. Einige Regierungen wie die von François Mitterrand, Felipe González und Bettino Craxi, bedienten sich schließlich selbst der Politikkonzepte der Rechten oder tolerierten sie zumindest.

Sogar gut gemeinte Konzepte schlugen aus parteitaktischen Gründen oder aufgrund von Zaghaftheit fehl. So etwa die

wusste. Das Ergebnis: Ihre Wählerbasis neigt sich nach rechts. Auf dem Treffen wurde aber überraschenderweise nicht über den Misserfolg der sozialdemokratischen Parteien in Europa gesprochen, obwohl sie doch eigentlich die Basis der SI darstellen.

Die europäische Sozialdemokratie war es, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Anstöße für die außerordentlichen politischen und sozialen Errungenschaften im Rahmen des wirtschaftskapitalistischen Aufschwungs dieser ersten Jahre gegeben hatte. Später allerdings änderte sich der Fokus der Linken hin zu einer sozialsensiblen Verwaltung der Überschüsse, angehäuft vom Kapitalismus des europäischen Wiederaufbaus. Einige Jahrzehnte lang schuf die produktive Expansion der Wirtschaft Arbeit

35-Stunden-Woche, die vor 10 Jahren vom damaligen französischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin durchgesetzt wurde und mit deren Hilfe die Arbeitsteilung und somit das Leben der Arbeitnehmer verbessert werden sollten. Aber ihre Einführung wurde von Gesetzen begleitet, die gleichzeitig eine Flexibilisierung der Arbeit von Unternehmerseite her erlaubte und dieser Steuervorteile verschaffte. Im Ergebnis kam es zu einer schleichenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und einer weiteren Reduzierung staatlicher Einnahmen. In Frankreich arbeiten heute immer weniger Arbeitnehmer vor allem länger und zu schlechteren Konditionen als früher. Das Ergebnis ist eine erhöhte Streikbereitschaft.

Nach dem spektakulären Zusammenbruch der Sowjetunion vor rund zwei Jahrzehnten und dem anschließenden Abdriften Chinas, Vietnams und jetzt Kubas in Richtung eines (autoritären) Staatskapitalismus sollte endlich erkannt werden, dass die alten Rezepte und Reformmittel –

egal ob sozialdemokratischen, sozialchristlichen oder populistischen Zuschnitts – gegenüber der neuen Realität machtlos geworden sind. Mit Blick auf die Ergebnisse muss konstatiert werden, dass die Sozialdemokratie ihre Vision des Kapitalismus und ihre alternativen Vorschläge offensichtlich noch nicht zu formulieren weiß.

Auch bei dem Treffen in Costa Rica ist nichts in dieser Hinsicht geschehen. So würdigte etwa der sozialdemokratische Ex-Präsident Guatemalas, Alvaro Colom, in seiner Rede zwar die Errungenschaften seiner Regierung, hielt es aber nicht für angebracht, über seine Niederlage gegen den pensionierten General Otto Pérez Molina und seiner Partei, der rechtsextremen und populistischen Partido Patriota, im vergangenen November zu reflektieren. Gleiches geschieht zum Teil auch in Europa. Vor diesem Hintergrund war das Treffen der SI ein weiteres Warnsignal.

(Aus dem Spanischen von Svenja Blanke, *Nueva Sociedad*) ■

*Gero Maaß*

## Die Last der Märkte abschütteln

Wie Demokratie und Sozialstaat in Europa entwickelt werden können

Die Europäische Einigung steckt in ihrer bislang tiefsten Krise: Welche Lehren ziehen wir aus der Finanzkrise und deren Folgekrisen, um Europa weiterzuentwickeln? Prozessuale und institutionelle Ansätze wie der Fiskalpakt werden nicht reichen. Europa fehlt ein Projekt, das sich mindestens fünf zentralen Baustellen annehmen muss:

*Stabilitätsdefizit:* Die Ausläufer der Finanzkrise haben sich in der Union inzwischen als Staatshaushaltskrisen breit gemacht. Obwohl die vermeintliche Eurokrise keine eigentliche Krise der Gemeinschaftswährung, sondern – je nach Land –



**Gero Maaß**

(\* 1954) ist Leiter der Internationalen Politikanalyse der FES.

gero.maass@fes.de

eine Kombination der Verschuldung der Staatshaushalte, der Privathaushalte und des Bankensektors einzelner Mitglieder ist, würde das Scheitern des Euro als Speerspitze der europäischen Integration doch ein erhebliches Gefahrenpotenzial, auch